



Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule

3 Fragen an Dr. Ottilie Klein (MdB)

„Es darf nicht darum gehen, woher man kommt, sondern wo man hinwill.“

Drei Fragen an Dr. Ottilie Klein, Generalsekretärin der CDU Berlin und Mitglied des deutschen Bundestages.

In Ihrer bisherigen politischen Laufbahn haben sie sich intensiv für Chancengleichheit und gelungene Integration eingesetzt. Was hat sie dazu bewegt?



Foto: Michael Bennett

Meine Eltern sind Russlanddeutsche und kamen Anfang der 1980er-Jahre aus der Sowjetunion zuerst in die DDR und dann nach Westdeutschland. Ich selbst bin in der russlanddeutschen Gemeinschaft aufgewachsen. Dieser Teil meiner Familiengeschichte ist sehr wichtig für mich und hat mich nachhaltig geprägt.

Da die akademischen Abschlüsse meiner Eltern nicht anerkannt wurden, bin ich in einem Arbeiterhaushalt aufgewachsen, in dem Schichtarbeit zum Alltag

gehörte. Mit viel harter Arbeit habe ich es nach der Mittleren Reife erst ans Wirtschaftsgymnasium, dann an die Universität bis hin zur Promotion geschafft. Aufgrund dieser Erfahrung weiß ich: Deutschland bietet viele Chancen. Und gleichzeitig hängt Bildungserfolg zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Deshalb ist es mir wichtig, Benachteiligungen abzubauen und dafür zu sorgen, dass jedes Kind die Chance erhält, seine Träume zu erreichen. Es darf nicht darum gehen, woher man kommt, sondern wo man hinwill.

Die Themen Migration und Integration werden in Deutschland aktuell viel diskutiert und nicht selten als gesellschaftliche und finanzielle Belastung dargestellt. Gleichzeitig leidet die Bundesrepublik unter einem Fachkräftemangel und in verschiedenen systemrelevanten Berufsgruppen arbeitet bereits jetzt ein hoher Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte. Deutschland ist als Zuwanderungsland also auf Migration und Integration angewiesen. Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach für deren Gelingen am wichtigsten?

Deutschland ist in der Tat auf mehr qualifizierte Zuwanderung angewiesen, um dem anhaltenden Fachkräftemangel wirkungsvoll zu begegnen. Um die Akzeptanz für mehr Zuwanderung in der Bevölkerung zu erhalten, ist es gleichzeitig notwendig, die irreguläre Migration deutlich zu reduzieren – genau darauf haben sich Union und SPD richtigerweise im Koalitionsvertrag geeinigt.

Mit einer digitalen Work-and-Stay-Agentur werden wir die Zuwanderung von Fachkräften deutlich verbessern. Diese Agentur wird den gesamten Prozess der Fachkräfteeinwanderung bündeln – von der Anwerbung bis zur Visa- und Aufenthaltstitelvergabe – und dabei für schnelle und transparente Abläufe sorgen.

Und wir müssen die Potenziale im eigenen Land deutlich besser heben als bisher. Dafür ist es einerseits wichtig, die Beschäftigungsquote von Geflüchteten durch bessere Vermittlung und gezielte Förderung zu steigern. Gleichzeitig ist für junge Menschen der Spracherwerb von Anfang an essenziell. Die Wiedereinführung von Sprach-Kitas und die Ausweitung des Startchancen-Programms auf Kitas sind in diesem Zusammenhang wichtige Maßnahmen, die wir in der neuen Legislatur angehen wollen.

Im Zuge der Verhandlungen über den Bundeshaushalt 2024 standen zahlreiche Programme, die im KJP angesiedelt sind und sich der gelungenen Integration von Zugewanderten widmen, zur Disposition oder waren von drohenden Kürzungen betroffen. So auch der Garantiefonds Hochschule. Sie haben sich im Zuge dessen politisch und öffentlich für den Erhalt des Programms eingesetzt. Was ist notwendig, damit Programme wie der GF-H künftig im politischen Diskurs als echter Mehrwert wahrgenommen werden und ihre Finanzierung langfristig gesichert ist?

Die Ergebnisse und Erfolgsgeschichten des Garantiefonds müssen stärker kommuniziert werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. Die wirtschaftlichen Vorteile durch die Förderung von Studierenden, die in Fachkräftemangelbereichen qualifiziert werden, sollten klar herausgestellt werden. Wenn die Politik in der Lage ist, messbare Erfolge und langfristige Vorteile zu präsentieren, wird die Finanzierung des Garantiefonds auch über Parteigrenzen hinweg als notwendig und sinnvoll anerkannt werden.

Ende 2024 gab es rund 1,4 Mio. offene Stellen hierzulande. Vor diesem Hintergrund sind Programme wie der GF-H nicht nur eine Hilfe für gelingende Integration, sondern eine wichtige strategische Investition in unseren Bildungs- und Arbeitsmarkt.

Im Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung für Personen mit ausländischen Berufsqualifikationen bei der Bundesagentur für Arbeit verstetigt werden. Das ist auch ein wichtiges Signal für die zukünftige Förderung der Fachkräftezuwanderung.